

I. Quartal 1990

Wirtschaftschronik

Seit der Jahreswende steht die europäische Wirtschaftspolitik im Zeichen der Öffnung und Liberalisierung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Die Europäische Gemeinschaft überlegt die Schaffung eines größeren europäischen Wirtschaftsraumes. In der Bundesrepublik

Ausland

Deutschland wird die wirtschaftliche Annäherung der beiden deutschen Staaten vorangetrieben. Mit der Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Wirtschafts- und Währungsunion sind diese Bemühungen in ein neues Stadium getreten.

21. Dezember 1989

Die Regierung der Tschechoslowakei beschließt in einer Resolution, einen Antrag auf Mitgliedschaft bei IMF und Weltbank zu stellen.

1. Jänner 1990

Polen nimmt ein mit dem IMF abgesprochenes Sanierungsprogramm in Angriff. Der IMF stellt einen Stabilisierungsfonds von 1 Mrd. \$ zur Verfügung. Gegenüber dem Dollar wird der Zloty um mehr als 50% abgewertet. Gleichzeitig werden drastische Preiserhöhungen durchgesetzt. Davon unabhängig wird mit Jahresbeginn ein multilateraler Hilfsfonds eingerichtet. Österreich beteiligt sich an diesem Fonds mit 20 Mill. \$.

Jugoslawien unternimmt eine großangelegte Wirtschaftsreform, die vor allem die hohe Inflation bekämpfen soll (Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 1989: 1256%). Der Dinar wird konvertibel und mit 7 Dinar = 1 DM und 12 Dinar = 1 \$ für 6 Monate gebunden. In dieser Periode werden

Die internationale Konjunktur verliert nur allmählich an Schwung. Schwächezeichen sind vor allem in den USA erkennbar, während in Westeuropa die Kräfte der Binnennachfrage bisher kaum nachgelassen haben. Vor allem in der Bundesrepublik Deutschland sorgen die Auswirkungen der Öffnung im Osten und die dritte Etappe der Steuerreform im Inland für kräftiges Wachstum. Auch in Österreich verläuft die Konjunktur lebhaft und weitgehend spannungsfrei. Der internationale Zinsauftrieb stellt allerdings einen Risikofaktor dar.

Löhne und Gehälter eingefroren und die Bankzinsen sowie die Einfuhr von Waren aus dem Ausland freigegeben. Den neuen Dinarkurs unterstützen finanzielle Überbrückungshilfen des IMF und der Weltbank sowie Waren- und Lieferkredite aus der EG.

8. Jänner

Die Italienische Lira setzt ihre Bandbreite im EWS von 6% auf 2,25% herab und wertet gegenüber dem ECU-Leitkurs um 3% ab. Daraus folgt eine Aufwertung aller anderen Währungen innerhalb des EWS um 0,7%.

9. Jänner

In Sofia findet die erste Comecon-Ratstagung nach dem politischen Umbruch statt. Eine Reformkommission soll Vorschläge zur künftigen Rolle des RGW erarbeiten.

In den USA setzen die Banken die Prime Rate von 10,5% auf 10% herab.

14. Jänner

In Übereinkunft mit dem IMF führt Ungarn drastische Preiserhöhungen durch. Konsumgüterpreise werden um bis zu 70% angehoben, Mieten um bis zu 100%.

17. Jänner

In einer Rede in Straßburg betont EG-Kommissionspräsident Delors, daß die EFTA im „Europäischen Wirtschaftsraum“ kein volles Mitentscheidungsrecht beanspruchen kann. Neue Kooperationsformen, Assoziierungsverträge sowie Finanzhilfen für osteuropäische Länder würden von der EG überlegt. Eine EG-Integration des „Sonderfalls DDR“ würde die Kommission unterstützen.

5. Februar

Die 12 Außenminister der EG bieten der DDR an, noch vor 1992 einen Antrag auf Mitgliedschaft zu stellen.

9. Februar

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes gibt Rekordüberschüsse der deutschen Handels- und Leistungsbilanz für das Jahr 1989 bekannt. (Handelsbilanzsaldo +134,7 Mrd. DM, Leistungsbilanz +99,1 Mrd. DM).

13. Februar

Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl beschließen, eine gemeinsame Expertenkommission zur Frage einer deutschen Wirtschafts- und Währungsunion einzuberufen.

14. Februar

Die deutsche Bundesregierung beschließt einen Nachtragshaushalt in der Höhe von 6,9 Mrd. DM. Dieser Betrag soll Sofortmaßnahmen in der DDR finanzieren; 4 Mrd. DM entfallen auf unmittelbare Leistungen an die DDR und 1,7 Mrd. DM auf Leistungen für die DDR in der Bundesrepublik Deutschland.

20. Februar

Wie zwischen Ministerpräsident Modrow und Bundeskanzler Kohl am 13. Februar 1990 vereinbart, konstituiert sich eine Expertenkommission, die die Möglichkeiten zur Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion der beiden deutschen Staaten prüfen soll. Zur Diskussion stehen Fragen der Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der sozialen Sicherung. Die BRD bietet der DDR die Einführung der DM als Zahlungsmittel unter der Bedingung an, daß gleichzeitig die rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden.

10., 11. März

Die Neugründung einer Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung wurde zu Jahresbeginn in Paris von 34 nationalen Delegationen grundsätzlich beschlossen. Sie soll private Investitionen in Osteuropa unterstützen. Die Gründung der Ostbank sollte ursprünglich bei einem weiteren Treffen am 10. und 11. März stattfinden. Die nunmehr auf 41 Delegationen erweiterte Konferenz setzt sich aus acht Ostblockstaaten, den Mitgliedern von EG und EFTA, einigen außereuropäischen OECD-Staaten wie USA und Japan sowie Vertretern der EG-Kommission und der Europäischen Investitionsbank zusammen. Die Bank wird mit einem Kapital von 10 Mrd. ECU ausgestattet sein. Davon müssen 15% bei Gründung und 15% innerhalb von 5 Jahren eingezahlt werden. Die restlichen 70% sind als Garantiekapital vorgesehen. Die Bank soll ihre Tätigkeit 1991 aufnehmen.

29. März

Das Parlament in Prag beschließt, den Namen des Staates auf „Tschechoslowakische Föderative Republik“ (ČSFR) zu ändern.

31. März, 1. April

Bei einem informellen Treffen in Irland einigen sich die Wirtschafts- und Finanzminister der 12 EG-Staaten auf die Schaffung einer EG-Währungsunion. Voraussetzungen für ihre Verwirklichung sind die Realisierung des Binnenmarktes und die Schaffung einer unabhängigen europäischen Zentralbank.

In Österreich prägen die politischen Veränderungen in Osteuropa auch das tagespolitische Geschehen. Der Diskussion über die Asylpolitik folgte die Einführung der Visumpflicht für rumänische Staatsbürger. Gleich-

Österreich

zeitig wird die wirtschaftliche Kooperation mit den neu entstehenden Demokratien gesucht. Die Angebote der EG zur Zusammenarbeit mit diesen Ländern sind auch für Österreichs EG-Politik von Bedeutung.

1. Jänner

Mit Jahresbeginn tritt der wahlweise Karenzurlaub mit Karenzgeldbezug für Eltern in Kraft. Falls die Mutter eines Kindes ganz oder für einen bestimmten Zeitraum auf Karenzurlaubsgeld verzichtet, hat der Vater das Recht, Karenzurlaub und Karenzurlaubsgeld in Anspruch zu nehmen. Ein Wechsel der Anspruchsberechtigung der Eltern kann nur einmal erfolgen.

Mit der Einführung eines neuen Abrechnungssystems für die Milchwirtschaft wird die Milchmarktreform 1988 abgeschlossen.

16. Jänner

Der Flüchtlingsstrom rumänischer Staatsbürger wird durch die Einführung der Visum-Pflicht sowie die Festsetzung eines Geldbetrages von 5 000 S, der an der österreichischen Grenze vorzuweisen ist, eingedämmt.

Mitte Jänner

Das hohe deutsche Zinsniveau und die Liquiditätsknappheit der österreichischen Banken veranlassen diese, die „Prime Rate“ für Betriebsmittelkredite um 1 Prozentpunkt auf 10,25% anzuheben. Privatkredite sind nunmehr mit 10,5% verzinst.

1. Februar

Der Eckzinssatz für Spareinlagen steigt von 3% auf 3,5%.

Die Angestellten der Kreditinstitute erhalten eine Lohnerhöhung von 5,1% sowie einen Sockelbetrag von 90 S. Die erdölgewinnende Industrie hebt die Ist-Löhne um 5,5% und die

Mindestlöhne um durchschnittlich 7% an. Die unterste Lohngruppe wird aus dem Kollektivvertrag gestrichen; damit erreicht das Mindesteinkommen monatlich etwas mehr als 11 000 S. Die kollektivvertraglichen Mindestlöhne der erdölverarbeitenden Industrie werden um 6,5% bis 7,5% erhöht und auch die Ist-Löhne werden angehoben.

19., 20. Februar

Mit einem gemeinsamen Besuch bei der EG-Kommission demonstrieren die österreichischen Sozialpartner ihre geschlossene Haltung zur österreichischen EG-Politik.

21. Februar

Aufgrund des für österreichische Lkw geltenden Nachtfahrverbotes in der BRD erhebt Österreich beim GATT Beschwerde wegen Verletzung des Grundsatzes der Nichtdiskriminierung.

27. Februar

Wissenschaftsminister Busek unterzeichnet ein Abkommen, das Österreich die Mitwirkung an dem mit 2,4 Mrd. S dotierten EG-Programm „Science“ ermöglicht. Durch die finanzielle Beteiligung und die Teilnahme ist Österreich in diesem Bereich der Forschung und Technologie einem EG-Vollmitglied gleichgestellt.

27., 28. Februar

Die neu aufgelegte Bundesanleihe wird mit einem auf 8,5% hinaufgesetzten Nominalzinssatz begeben. Die Emissionsrendite beträgt 8,7%.

28. Februar

Die Übergabe eines österreichischen Integrations-Memorandums an den Vertreter der EG-Kommission in Österreich und an die 12 akkreditierten Botschafter der EG-Länder bedeutet einen weiteren offiziellen Vorstoß seit dem Beitrittsansuchen. Vertreter des Finanzministeriums und der Notenbank bekunden ihr Interesse an einer Assoziierung mit dem EWS.

1. März

Die papier- und pappeverarbeitende Industrie erhöht die Mindestlöhne um 7%, die Ist-Löhne um 5,2%.

9. März

Die Oesterreichische Nationalbank hebt den Zinssatz für kurzfristige Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte um 0,5 Prozentpunkte auf 7 $\frac{3}{4}$ % an.

13. März

In Graz wird der Grundstein für das Eurostar-Automobilwerk gelegt, an dem Steyr-Fahrzeugtechnik und Chrysler zu je 50% beteiligt sind. Die Investition von 4,3 Mrd S wird zu einem Drittel von der öffentlichen Hand gefördert.

23. März

Der Zinssatz für kurzfristige Geldmarkt-Offenmarktgeschäfte wird neuerlich erhöht und beträgt nun 8%.

April

In der bereits zweiten Zinsrunde seit Jahresbeginn heben die österreichischen Banken die Zinssätze für Kredite und gebundene Einlagen um rund $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte an. Der Eckzinssatz bleibt mit 3 $\frac{3}{8}$ % unverändert.

1. April

Ein mit 5 Mrd S dotierter Ost-West-Fonds ist bei der Finanzierungsgarantie-Gesellschaft (FGG) eingerichtet und dient zur Hälfte der Abdeckung des wirtschaftlichen Risikos von Projekten in RGW-Staaten. Produktionsnahe Projekte ab einer Größenordnung von 10 Mill S können Direktgarantien oder Finanzierungsgarantien erhalten. Über diesen Fonds sollen Investitionen von 10 bis

12 Mrd S ausgelöst werden. Bei der BÜRGENS wird ein weiterer „kleiner Ost-West-Fonds“ eingerichtet.

Die Gewerkschaft Textil, Bekleidung und Leder, die bereits im Frühjahr 1988 für die Textilarbeiter mit Geltung von April 1990 eine Anhebung der Ist-Löhne in Höhe der Inflationsrate (mit einem Aufschlag von 0,6 Prozentpunkten auf die kollektivvertraglichen Mindestlöhne) vereinbart hatte erreicht angesichts der guten Wirtschaftslage eine Anhebung der Ist-Löhne um 4% und der Mindestlöhne um 4,6%. Für die Textilarbeiter gilt seit Jahresbeginn eine Normalarbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche.

Die Kollektivvertragsgehälter für Angestellte des graphischen Gewerbes werden um 6% erhöht. Ab April gilt nun auch die 37-Stunden-Woche.